

ERITREA

Evangelikaler Pastor seit 18 Jahren hinter Gittern

Zum „Gefangenen des Monats April 2022“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelischen Christen Meron Gebreselasie aus Eritrea benannt. Der Pastor und frühere Leiter eines evangelikalen Netzwerkes ist bereits seit dem 3. Juni 2004 eingesperrt. Seinen Lebensunterhalt verdiente er als Anästhesist in einem Krankenhaus der eritreischen Hafenstadt Massaua.

Wegen einer Gefälligkeit für einen anderen Pastor, der kurz zuvor schon inhaftiert wurde, fuhr er an dem Tag seiner Festnahme in Richtung Hauptstadt Asmara und geriet kurz vor der Stadtgrenze in eine Polizeikontrolle. Die Massaua Rhema Evangelikale Kirche, für die er als Pastor wirkte, gilt seit Mai 2002 aufgrund eines Beschlusses des Regimes als illegal. Die Polizisten nahmen ihn mit und hielten ihn zunächst zwei Monate auf ihrer Station fest. Sie überstellten Gebreselasie dann an das Zentrale Straf-ermittlungszentrum Wen-

Musterbrief

An den Präsidenten des Staates Eritrea
c/o Botschaft des Staates Eritrea
Stavangerstrasse 18
10439 Berlin
Fax: 030-44674621

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich wende mich an Sie, um auf das Schicksal des eritreischen Christen Meron Gebreselasie aufmerksam zu machen. Der Pastor ist bereits seit dem 3. Juni 2004 eingesperrt. Wegen einer Gefälligkeit für einen Amtsbruder, der kurz zuvor schon inhaftiert wurde, fuhr er an dem Tag seiner Festnahme in Richtung Hauptstadt Asmara und geriet kurz vor der Stadtgrenze in eine Polizeikontrolle. Die Polizei nahm ihn dort an Ort und Stelle fest.

Meinen Informationen zufolge befindet sich der Christ derzeit unschuldig im Zentralen Straf-ermittlungszentrum Wengel Mermera. Über etwaige Anklagepunkte oder ein mögliches Prozessverfahren ist nichts bekannt.

Gebreselasie gehört der Massaua Rhema Evangelikalen Kirche, die, obschon die Anhänger nur friedlich von ihrem Recht auf freie Religionsausübung Gebrauch machten, im Jahr 2002 verboten wurde. Eritrea ratifizierte wenige Monate vor dem Verbot den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Herr Präsident, ich bitte Sie höflichst um Freilassung und Mitteilung über sein Schicksal.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

gel Mermera in Asmara. Seitdem wird er ohne Anklage und ohne Gerichtsverfahren festgehalten. Meldungen zufolge war er noch im März 2020 bei stabiler Gesundheit.

Noch immer werden in Eritrea regelmäßig Menschen wegen ihres Glaubens willkürlich festgenommen, müssen unter unmenschlichen Haftbedingungen jahrelang ohne Anklage oder Gerichtsverfahren ausharren und werden gefoltert. An diesem 22. Januar war es genau 20 Jahre her, seit Eritrea dem „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ beigetreten ist. Die IGFM und IDEA bitten um Appellbriefe an den eritreischen Diktator Isayas Afe- werki.

RUSSLAND - BELARUS

Predigt und Gebet für Frieden verboten

Die ersten Opfer eines Kriegs sind neben der Wahrheit auch die Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit: Dies zeigt das Beispiel des russisch-orthodoxen Pfarrers Ioann Burdin aus der Diözese Kostroma nordöstlich von Moskau. Ganz anders als sein Patriarch Kyrill I. bezog er für den Frieden Stellung und erinnerte in seiner

Sonntagspredigt am 6. März an das biblische fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“. Daraufhin wurde er von der Polizei vorge- laden.

Nur vier Tage später verurteilte ihn ein Gericht auf der Grundlage des Verhörs und eines Textes, den der Pfarrer im Inter- net veröffentlicht hatte, zu einer Geldstra-

fe in Höhe eines durchschnittlichen Monatslohns. Es stützte sich dabei auf eine neue russische Bestimmung, derzufolge der Einsatz der russischen Armee zur Ver- teidigung des Interesses des Landes nicht kritisiert werden darf. Pfarrer Burdin war nach Prüfung seines Gewissens zu der Überzeugung gelangt, dass der Zweck der

Durchsetzung nationaler Interessen nicht jedes Mittel rechtfertigt. Er hat nun noch die Möglichkeit, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Im Nachbarland Belarus bescherte „falsches“ Gebet einigen Soldatenmüttern Polizeivorladungen: Rund 100 von ihnen versammelten sich am 3. März in der ortho-

doxen Kathedrale von Minsk zum Abendgebet. Besorgt über den Einmarsch russischer Streitkräfte in der Ukraine, beteten sie für den Frieden. Polizisten hatten zuvor bereits zusammen mit einer Spezialeinheit ihre Ausweise kontrolliert und einige davon kopiert, wobei diese Mütter dann mutig trotzdem teilnahmen. Vier Frau-

en hielt die Polizei nach Ende des Gebets fest, brachte sie zur zentralen Polizeistation und verhörte sie mehrere Stunden lang. Eine Journalistin und deren Mann sperrten sie 15 Tage ein und eine weitere Frau suchten sie zu Hause, fanden sie dort aber nicht an. Daher könnte ihr möglicherweise auch noch ein Verhör bevorstehen.

CHINA

Katholischer Bischof willkürlich eingesperrt

Bischof Joseph Zhang Weizhu von Xinxiang in der chinesischen Provinz Henan ist am 21. Mai 2021 zusammen mit zehn Priestern und derselben Anzahl Seminaristen verhaftet worden. Hinsichtlich der Mitinhaftierten blieb es bei einer kurzzeitigen Festnahme: Den Seminaristen wurde die Fortsetzung ihres Theologiestudiums untersagt. Die Priester wurden politisch indoktriniert, während ihr Oberhirte weiter gefangen gehalten wird.

Seinem Bistum liegt bislang kein Hinweis vor, wo er sich aufhält. Bekannt ist lediglich, dass der 63-Jährige sich bislang strikt geweigert hat, der Chinesischen Katholisch-Patriotischen Vereinigung beizutreten, die staatlich kontrolliert wird. Er ist demnach von Rom als rechtmäßiger



Bischof Joseph Zhang Weizhu

Bischof berufen worden, aber die chinesische kommunistische Führung erkennt ihn nicht an. Aus diesem Grund kam er schon mehrfach in Haft.

Das Abkommen zwischen dem Papst und Peking aus dem Jahr 2018, erneuert im Oktober 2020, ebnete bislang nur den umgekehrten Weg, nämlich für die Anerkennung von sieben von Peking ernannten Oberhirten durch den Vatikan. Nach Ablauf von drei Monaten in Haft hätte einem chinesischem Gesetz zufolge die Anklage oder Freilassung erfolgen müssen. An diesem Beispiel vollzieht sich zum wiederholten Mal, was der ehemalige Bischof von Hongkong bei seinem IGFM-Besuch 2018 sagte: „Die kommunistische Partei ist sich selbst Gesetz.“

Christen befürchten, Kompromisse des Vatikan könnten zu weit gehen

Mit einem Abkommen im September 2018 haben sich die kommunistische Führung in Peking und der Vatikan erstmals gegenseitig als Vertragspartner anerkannt. In dem Dokument soll dem Vernehmen nach eine Lösung für die Frage der Bischofsernennungen aufgezeigt sein, um eine weitere Kirchenspaltung zu vermeiden. Bislang wurden weder nähere Details noch der Wortlaut des Papiers veröffentlicht. Die Vertragspartner könnten unterschiedlicher nicht sein. Die Kommunistische Partei Chinas strebt die umfassende Kontrolle über die Religionsgemeinschaften an und mißt daher der Ernennung von Bischöfen politische Bedeutung bei. Vom Vatikan hingegen wird zu Recht die Verteidigung der Religionsfreiheit erwartet.

Erst im Mai 2018 waren neue Regeln für religiöse Angelegenheiten in China in Kraft getreten, die eine strengere Kontrol-

le der Religionsgemeinschaften vorsehen. Die Behörden mischen sich folglich noch häufiger in Fragen der Moral- und Soziallehre der Kirche ein. Das Ergebnis: Kinder und junge Leute unter 18 Jahren dürfen gar nicht mehr zum Gottesdienst oder zur Katechese. In vielen Kirchen prangen neben Darstellungen Jesu Porträts des Präsidenten Xi Jinping. Die Religionsgemeinschaften werden inzwischen von der Einheitsfront der Kommunistischen Partei beobachtet, die versucht, die gesamte Zivilgesellschaft auf Parteilinie zu bringen.

Viele Kirchen wurden geschlossen, meistens die nicht registrierter Gemeinden, aber dies traf auch offiziell anerkannte. Schätzungen zufolge wurden zwischen 5.000 und 10.000 Christen auf der neuen Grundlage eingesperrt, einige bekannte Geistliche für lange Zeit. Unter den evan-

gelischen Gemeinschaften gibt es viele, die sich inzwischen ausschließlich im Verborgenen versammeln – aus Furcht vor den Konsequenzen, die jedes offene Wort nach sich ziehen kann. Fraglich ist, ob dann ausgerechnet die katholischen Gesprächspartner überhaupt irgendwann auf Entgegenkommen hoffen können, wenn sogar Bischöfe wie Joseph Zhang Weizhu weggesperrt werden.

Kritiker befürchten daher, dass etwaige Kompromisse gegenüber den Kommunisten, die bislang stets eine starre Haltung gezeigt haben, zu weit gehen könnten. Es ist bereits erwiesen, dass sich Anhänger der Untergrundkirche vor dem Hintergrund des Abkommens gezwungen sahen, schließlich doch der offiziösen Katholisch-Patriotischen Vereinigung beizutreten. Die verbleibenden Untergrundkatholiken geraten so noch stärker unter Druck.

ANKÜNDIGUNG: 50. Jahrestagung der IGFM – 9./10. April 2022 in Bonn